

Alarmstufe Rot

Tausende Menschen und Tiere fliehen vor den anhaltenden Waldbränden in Australien. Die konservative Regierung leugnet weiterhin den Klimawandel **3**



Silvester auf der Flucht: ein Känguru im Feuerschein nahe der australischen Stadt Nowra in New South Wales Foto: Saeed Khan/afp

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Zu Beginn des neuen Jahrzehnts stellt *verboten* verwundert fest: Wandel allerorten! Lautete der Berufswunsch kleiner Buben früher Lokomotivführer, Polizist oder Feuerwehrmann, so hat sich das inzwischen radikal geändert – dank des Klimawandels. Denn: Wer will sich heute noch für Rettungseinsätze mit Steinen und Böllern beschmeißen lassen, schmutzige Kohle vom Tender schaufeln oder sein Leben im Flammeninferno riskieren? Die neuen Traumberufe heißen konsequenterweise: YouTuber, Gangsta-Rapper und

australischer Premierminister.

Kommentar von Bernhard Pötter zu Defiziten in der Umweltpolitik

Rauchzeichen aus der Zukunft

Die Horrorbilder von dem flammenden Inferno Australiens erzeugen Angst: nicht nur weil Menschen und Tiere sterben und auch eine moderne Industriegesellschaft machtlos ist gegen die Naturgewalt, sondern auch weil wir ahnen, dass diese Brände am Beginn der zwanziger Jahre des 21. Jahrhunderts mehr mit uns zu tun haben, als uns lieb ist. Sie zeigen, wohin es führt, wenn wir die Lösung drängender Umweltprobleme auf die lange Bank schieben.

Die Natur schlägt nicht zurück. Sie hat keinen Schlachtplan, sie nimmt nicht Rache. Sie reagiert auf physikalische Bedingungen. Je heißer und trockener es ist, je stärker die Winde werden und je feueranfälliger die Wälder, desto verheerender werden die Buschbrände. Das haben wir in den letzten Monaten bei den Feuerstürmen in Kalifornien, am Amazonas, in Sibirien und auch in Brandenburg erlebt. Schon macht das Wort vom

„Pyrozän“ die Runde, dem „Zeitalter des Feuers“. Aber dieses Zeitalter kommt nicht über uns, als seien wir machtlos. Wir beschwören es durch das Verbrennen von Kohle, Öl und Gas selbst herauf. Waldbrände lassen sich nicht vermeiden. Aber wir können verhindern, dass sie zur Katastrophe werden. Wenn wir Regeln durchsetzen, um dem nächsten Unheil vorzubeugen.

Das nennt man Politik. Und was diese vorsorgende Umweltpolitik angeht, hält uns in Deutschland das Jahr 2020 den Spiegel vor. Das Bild ist nicht schön, in fast allen Bereichen haben Deutschland und die EU ihre eigenen Ziele verfehlt: bei Klima, Artenschutz, Luftreinhaltung, Gewässerschutz. Große Fortschritte, die für 2020 angekündigt wurden, bleiben aus oder werden verzögert. Eine Bilanz der gebrochenen Versprechen.

Das sind die Feuer in Australien Rauchzeichen aus der Zukunft. Dort und überall kommt es dar-

auf an, mit klaren Vorgaben das Desaster zu verhindern – und dann diese ernsthaft umzusetzen, auch gegen die Widerstände aus Politik, Lobbygruppen und Industrie. Das nennt man dann Tagespolitik. Das ist umso dringender am Beginn der zwanziger Jahre: Glaubt man der Wissenschaft, entscheidet diese Dekade darüber, ob wir den Klimawandel halbwegs in den Griff bekommen. Aber dafür müssen die weltweiten CO₂-Emissionen bis 2030 halbiert werden.

Das ist nicht zu schaffen mit der bisherigen Politik, diese Probleme auszuspitzen: hohe Ziele formulieren, dann wenig tun, um sie umzusetzen. Wer die Lösung von „Umweltproblemen“ als Luxus definiert, wie es die Bundesregierungen lange getan haben, steht plötzlich vor brennenden Fragen. Und dann hilft nicht einmal mehr die Feuerwehr.

9

Die taz wird ermöglicht durch

19.545

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902-130 / -135
anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
kleinan@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/tazkommune

www.taz.de

Ohne Rückgrat: Vorwürfe an den BR

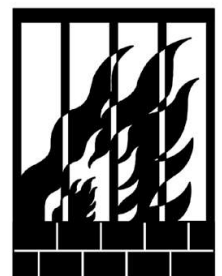
Ein Journalist und seine Familie werden jahrelang von rechten Hatern terrorisiert. Sein Arbeitgeber, der Bayerische Rundfunk, habe ihn im Stich gelassen, klagt er nun in einem offenen Brief an den Intendanten **18**

Mit Rückgrat: Nach Schoah und Stalin

Mehr als fünf Jahrzehnte Diktatur und Verfolgung erlebte die litauische Intellektuelle Irena Veisaitė – ohne sich zu verbiegen. Anstatt zu hassen, sucht sie nach Erklärungen für das Geschehene. Bis heute **4-5**



#Affenhaus
von Sebastian Schwamm



6

Ausgabe Berlin
Nr. 12125
€ 2,30 Ausland
€ 1,80 Deutschland



40601